

Scirocco - Kurzinfo aus Italien

23.07.2026: Neues EU- Sanktionsregime: Kriminalisierung von Flucht unter dem Deckmantel vermeintlicher Schleuserbekämpfung

Am 9. Juli kündigte die EU die Einführung eines neuen, gezielten Sanktionssystems an, das gegen die Schleusung von Migrant*innen, den Menschenhandel und andere Formen der organisierten Kriminalität, einschließlich des Handels mit Schusswaffen und illegalen Drogen, gerichtet ist. Ähnlich wie bereits bestehende Sanktionsregime sollen sich die Sanktionen gegen natürliche Personen und Einrichtungen richten, „die eine ernsthafte Bedrohung für die Werte der EU, ihre Sicherheit oder die internationale Sicherheit darstellen“.

Das Maßnahmenpaket stützt sich dabei auf drei operative Instrumente: das Einfrieren der Vermögenswerte der in der Liste aufgeführten Personen und Organisationen, das Verbot für alle Personen in der EU, diesen Personen und Organisationen Gelder oder wirtschaftliche Ressourcen zur Verfügung zu stellen, sowie das Verbot der Einreise in das EU-Gebiet oder der Durchreise durch dieses.

Die Bekämpfung von „Migrantenschmuggel und Schleuserkriminalität“ steht bereits seit langem ganz oben auf der migrationspolitischen Agenda der Europäischen Union und die Verabschiedung entsprechender Maßnahmen wurde bereits vergangenen September von der Kommissionspräsidentin in ihrer Rede zur Lage der Union 2025 vor dem Europäischen Parlament angekündigt. Anstelle mit den Maßnahmen jedoch primär auf die Verbesserung der Sicherheit von People on the Move und den Bedingungen ihrer Flucht abzielen, stellt das Sanktionsregime vornehmlich einen weiteren Baustein in der Abschottungspolitik der EU dar. So muss die Verabschiedung des Pakets zwingend vor dem Hintergrund des Inkrafttretens des neuen EU-Paktes zu Migration und der Verabschiedung der Rückführungsverordnung betrachtet werden, die erneut zu einer tiefgreifenden Beschneidung des Zugangs zu Schutz, sowie der Prekarisierung und Kriminalisierung von Flucht und Migration führen. Während die EU seit Jahren nicht bereit ist, sichere Fluchtrouten zu schaffen, hat sie selbst eben jene Bedingungen geschaffen, die sie jetzt zu bekämpfen versucht. Dabei geht es darum, schutzsuchenden Personen nun auch die letzte bestehende Möglichkeit für das Erreichen Europas zu nehmen.

Der Zynismus dieser Politik wird insbesondere mit Blick auf die Kooperation zwischen der EU und Libyen unmissverständlich deutlich. Obwohl bereits seit langem umfassend belegt ist, dass das libysche Schleuserwesen stark mit den staatlichen Strukturen verwoben ist und zum Großteil in den Händen der Milizen liegt, hat die EU erst kürzlich die Ausweitung der Zusammenarbeit mit den rivalisierenden libyschen Behörden und ihren verbündeten bewaffneten Gruppen im Osten des Landes angekündigt. Während die sogenannte libysche Küstenwache von der EU mit umfangreichen finanziellen und zunehmend auch militärischen Mitteln zur 'Migrationsabwehr' unterstützt wird, verdienen dieselben Milizen zugleich als Schleuser teils horrenden Summen an Schutzsuchenden, die in Boote Richtung Europa steigen - nur um eben jene Boote nicht selten kurz darauf selbst wieder abzufangen.

In ihrer Kritik, welche bereits vor der offiziellen Ankündigung der geplanten Maßnahmen veröffentlicht wurde, adressierte Sea-Watch ebendiese absurde Dynamik: „Einzelne Akteure zu sanktionieren, während man politisch und finanziell mit denselben Strukturen zusammenarbeitet, ist schlicht heuchlerisch“, so eine Sprecherin der NGO gegenüber »nd«.

Nach der offiziellen Bekanntgabe des Sanktionsregimes durch Kommissionspräsidentin von der Leyen und die hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik Kallas ließ die italienische Ministerpräsidentin Meloni nicht lange auf sich warten, um den „Erfolg“ für die Einigung auf das Maßnahmenpaket für sich zu beanspruchen. „Europa bewegt sich endlich in die Richtung, auf die unsere Regierung entschlossen hingewiesen hat“, so die Ministerpräsidentin in einem Post, den sie am Rande des NATO-Gipfels in Ankara zeitnah nach der Bekanntgabe der Maßnahmen durch die EU auf der Plattform X veröffentlichte.

Die beschämende Vorreiterrolle Italiens, mit der sich Meloni fortlaufend außen- wie innenpolitisch zu profilieren versucht, ist das Ergebnis einer langjährigen nationalen Migrationspolitik, die Flucht unter dem Deckmantel der vermeintlichen Schleuserbekämpfung kriminalisiert. Gemäß unseren Daten, die wir im Rahmen des Projekts „Dal mare al carcere“ in Kooperation mit Arci Porco Rosso gesammelt haben, wurden im Jahr 2025 allein in Presseberichten 467 Festnahmen auf Grundlage des in Art. 12 TUI vorgesehenen Straftatbestands der „Beihilfe zur illegalen Einwanderung“ dokumentiert. Die tatsächliche Zahl der Inhaftierungen dürfte erneut deutlich höher liegen. Die Festnahmen erfolgen oft unmittelbar nach der Ankunft eines Bootes mit Schutzsuchenden, wobei die Beweislage lückenhaft ist; häufig sind davon Personen betroffen, die daraufhin zu Unrecht als Schleuser verurteilt werden, obwohl sie selbst Schutz suchen.

Der Folgen dieser Kriminalisierung werden dabei zunehmend auch für die Allgemeinheit spürbar und stellen unlängst auch eine reale Gefahr für die Funktionsfähigkeit der italienischen Justiz dar. So haben die Vorsitzenden der Überwachungsgerichte erst jüngst in einem Schreiben an den italienischen Präsidenten Mattarella auf die Rekordüberbelegung italienischer Gefängnisse aufmerksam gemacht und der nationale Richterverband Italiens ANM (Associazione Nazionale Magistrati) schlug Alarm mit Blick auf den wachsenden Personalmangel, mit welchem die italienische Justiz bereits seit geraumer Zeit zu kämpfen hat. Während Gesetzesreformen die Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten der Justiz kontinuierlich erweitern, würden die personellen Ressourcen dabei nicht entsprechend aufgestockt. Der Zentralvorstand der ANM warnt, dass sich dieser Zustand im Zuge der Umsetzung des neuen EU-Paktes zu Migration erneut erheblich zu verschlechtern drohe, da die neuen Regelungen „zu einem erheblichen Anstieg der den Fachkammern zugewiesenen Eilverfahren führen wird, ohne dass dies mit einer entsprechenden Aufstockung der justiziellen und unterstützenden Ressourcen einhergeht.“

Vor dem Hintergrund der zum Teil schwerwiegenden Einschränkungen fundamentaler Grundrechte von People on the Move, welche durch die Implementierung der GEAS-Reform ermöglicht werden (siehe hierzu unseren Sciocco vom 12. Juni), sowie der stetig fortschreitenden Kriminalisierung von Flucht und Migration, ist die zeitgleiche Disruption des Justizsystems mehr als nur noch ein alarmierendes Signal. Ein vermeintlicher Rechtsstaat, dessen Politik sehenden Auges dazu führt, dass er nicht mehr über die ausreichenden Kapazitäten verfügt, um die Einhaltung rechtsstaatlicher Standards uneingeschränkt sicherzustellen, hat sich dem Bekenntnis zur Gültigkeit universeller Menschenrechte längst entledigt.



Die alleinige Folge dieser innen- sowie außenpolitischen Kriminalisierung von Flucht und der systematischen Beschneidung bestehender Migrationswege durch die EU sind mehr Tod und Leid. Will die EU ihren eigenen Ansprüchen an Rechtsstaatlichkeit und Menschenwürde gerecht werden, muss sie sichere und legale Migrationswege schaffen und dem Sterben und Leiden unschuldiger Menschen endlich ein Ende setzen.

